Gesetz- und Verordnungsblatt
für das Land Hessen · Teil I

1968

<table>
<thead>
<tr>
<th>Tag</th>
<th>Inhalt</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1. 7. 68</td>
<td>Drittes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetenentschädigungsgesetzes</td>
<td>175</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Drittes Gesetz
zur Änderung des Abgeordnetenentschädigungsgesetzes*)

Vom 1. Juli 1968

Artikel 1


1. § 1 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

"(2) Abgeordnete, die ihr Einkommen überwiegend aus Land- und Forstwirtschaft, aus einem Gewerbebetrieb oder aus freiberuflicher Tätigkeit beziehen oder als Arbeiter oder Angestellte beschäftigt sind, erhalten, wenn sie in Ausübung ihres Mandats einen Einkommens-, Lohn- oder Gehaltseinschnitt erlitten haben, zur pauschalen Abgeltung dieses Ausfalles eine zusätzliche Aufwandsentschädigung von monatlich 500 Deutsche Mark. Über den Antrag entscheidet das Präsidium nach vom Altestenrat zu erlassenden Richtlinien."

2. § 2 Abs. 3 erhält folgende Fassung:


3. § 2 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

"(4) Abgeordnete erhalten, wenn sie vom Präsidenten des Landtags oder

) Ändert GVBl. II 12-3

von der Landesregierung zu einer Veranstaltung eingeladen oder im Auftrag des Landtags oder eines seiner Ausschüsse oder ihrer Fraktionen auf deren Antrag tätig werden, Tagegeld gemäß Abs. 1 und 2 sowie Übernachtungsgeld gemäß Abs. 3. Das gilt auch für Veranstaltungen, die außerhalb Hessens im Bereich der Bundesrepublik Deutschland stattfinden. In den vorgenannten Fällen werden die Fahrtkosten ab Landesgrenze für die 1. Klasse der Deutschen Bundesbahn erstattet."

4. § 2 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

"(5) Das gleiche gilt weiter für die Tage, an denen die Tätigkeit eines Vizepräsidenten, eines Fraktionsvorsitzenden oder seines Stellvertreters, der Vorsitzenden der Ausschüsse oder das Referat eines Berichterstatters oder Mithörendes oder des Sitzes des Landtags oder am Veranstaltungsort oder Tagungsordnungsort erfordert."

5. In § 2 Abs. 6 wird als Satz 2 eingefügt:

"Wenn die Benutzung des Dienstwagens des Landtags entfällt, wird bei Benutzung des Privatwagens ein Fahrgeld in Höhe von 0,30 Deutsche Mark je gefahrenen Kilometer vom Wohnort zum Veranstaltungsort und zurück gezahlt. Über die Benutzung eines Dienstwagens entscheidet der Präsident."

6. § 3 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Für die Dauer ihrer Ämter erhalten der Präsident den doppelten Satz, die Fraktionsvorsitzenden den einfachen Satz, die Vizepräsidenten und die Ausschufsvertreter des halben Satz der monatlichen Auf-
wandsentschädigung nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. a zusätzlich. Bei Aus-
übung von Mehrfachfunktionen wird von den zusätzlichen Aufwandsent-
schädigungen nur der jeweils höhere Betrag gezahlt. Die zusätzliche Auf-
wandsentschädigung ist am Ersten jeden Monats im Voraus zu zahlen;
der angefangene Monat gilt als voll.

7. In § 4 Abs. 2 wird als Satz 3 angefügt:
„Das gleiche gilt sinngemäß für die Entschädigung nach dem Ausscheiden
und für die Zahlung von Ruhegeld.“

8. Als § 7 a wird eingefügt:

§7a
(1) Abgeordnete, die infolge Ab-
lauens der Wahlperiode oder Auflö-
sung des Landtags oder durch vor-
zeitiges Ausscheiden während der
Wahlperiode die Mitgliedschaft im
Landtag verlieren und nicht wieder-
gewählt werden, erhalten, wenn sie
dem Landtag mindestens ein volles
Jahr angehört haben, die Aufwandsent-
schädigung gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 3
Buchst. a für weitere drei Monate
nach dem Ausscheiden aus dem Land-
tag. Für jedes weitere Jahr der Zu-
gehörigkeit zum Landtag seit Beginn
der ersten Wahlperiode wird die
Aufwandsentschädigung nach § 1
Abs. 1 Nr. 3 Buchst. a in Höhe eines
einfachen monatlichen Betrages ge-
währt. Unterbrochene Zeiten der Zu-
gehörigkeit zum Landtag werden zu-
ümsung gerechnet. Ein Rest von einem
halbem Jahr gilt als volles Jahr.
Bereits abgerechnete Zeitabschnitte
der Zugehörigkeit zum Landtag dür-
fen bei einem erneuten Ausscheiden
aus dem Landtag nicht mehr berück-
sichtigt werden.

(2) Die Entschädigung nach Abs. 1
Satz 2 wird in monatlichen Raten in
Höhe von höchstens einer Aufwands-
entschädigung gezahlt. Die Auszahl-
ung in einer Summe kann das Prä-
sidium auf schriftlichen Antrag ge-
ähnlich Tritt ein früheres Mitglied
wieder in den Landtag ein, ruht bei
monatlichen Zahlungen der Anspruch
gemäß Abs. 1 bis zum erneuten Aus-
scheiden aus dem Landtag.“

9. Als § 7 b wird eingefügt:

§ 7 b
(1) Die Abgeordneten haben An-
spruch auf Ruhegeld, wenn sie min-
destens acht Jahre dem Landtag an-
gehört haben. Ein Rest von einem
halbem Jahr gilt als volles Jahr. Das
Ruhegeld beträgt nach achtjähriger
Zugehörigkeit zum Landtag und
Vollendung des fünfundfünfzigsten
Lebensjahres monatlich 600 Deut-
sche Mark. Für jedes weitere Jahr
der Zugehörigkeit zum Landtag steigt
das Ruhegeld um 75 Deutsche Mark
bis zum Höchstbetrag von 1200 Deut-
sche Mark monatlich. Bei Ausscheiden
des Abgeordneten durch Tod, Be-
rufs- oder Arbeitsunfähigkeit vor
dem fünfundfünfzigsten Lebensjahr
kann das Präsidium die Auszahlung
des Ruhegeldes unabhängig von den
in Satz 1 bis 3 genannten Voraus-
setzungen genehmigen.

(2) Das Ruhegeld wird vom Ersten
des auf das anspruchsbegünstigende
Ereignis folgenden Monats bis zum
Ablauf des Monats gewährt, in dem
der Berechtigte stirbt.

(3) Der Anspruch auf Ruhegeld
ruht während der Zeit, für die nach
§ 7 a ein Anspruch auf Aufwandsent-
schädigung besteht.

(4) Zeiten der Mitgliedschaft im
Landtag, die vor dem Inkrafttreten
dieses Gesetzes liegen, werden für
Abgeordnete, die dem Landtag in der
sechsten Wahlperiode angehören, be-
rücksichtigt.“

10. Als § 7 c wird eingefügt:

§ 7 c
(1) Der überlebende Ehegatte eines
Mitglieds oder ehemaligen Mitglieds
des Landtags erhält sechzig vom
Hundert des Ruhegeldes, sofern
Verstorbenen im Zeitpunkt seines
Todes Anspruch auf Ruhegeld hatte
oder die Voraussetzungen für die
Gewährung eines Ruhegeldes er-
füllte.

(2) Die Vollwaisen erhalten zwanzig
und die Halbwaisen zwölf vom
Hundert des Ruhegeldes nach Abs. 1.

(3) § 7 b Abs. 2 und 3 werden ent-
sprechend angewandt.“

11. Als § 7 d wird eingefügt:

§ 7 d
Die Anrechnung von Einkommen
oder Versorgungszügen aus einer
Verwendung im öffentlichen oder
einem ähnlichen Dienst oder von
Renten aus den gesetzlichen Renten-
versicherungen oder aus einer zu-
sätzlichen Alters- und Hinterbliebe-
nenversorgung für Angehörige des
öffentlichen Dienstes auf das Ruhe-
geld und die Hinterbliebenenversor-
gung nach diesem Gesetz ist ausge-
schlossen. Das gleiche gilt für die
Anrechnung des Ruhegeldes und der
Hinterbliebenenversorgung nach die-
sem Gesetz auf Versorgungszüge
aus einer Verwendung im öffentlichen
oder einem ähnlichen Dienst. Im
übrigen werden die für Landes-
beamte geltenden versorgungsrecht-
lchen Vorschriften auf das Ruhegeld
und die Hinterbliebenenversorgung
sinngemäß angewandt, sofern sich
aus diesem Gesetz nichts anderes
ergibt.“
12. Als § 7e wird eingefügt:

„§ 7e

(1) Als Eigenleistung für das zu gewährende Ruhegeld werden allen Abgeordneten des Landtags 380 Deutsche Mark der nach § 1 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. a zu zahlenden Aufwandsentschädigung einbehalten.

(2) Bei Ausscheiden aus dem Landtag ohne Anspruch auf Ruhegeld erfolgt keine Rückerstattung der für das Ruhegeld einbehaltenen Eigenleistungen."

Artikel 2

Artikel 3
Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, das Gesetz über die Entschädigung der Abgeordneten des Hessischen Landtags (Abgeordnetenentschädigungs gesetz) in der sich aus diesem Gesetz ergebenden Fassung und in neuer Paragraphenfolge bekanntzumachen.

Artikel 4

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 1. Juli 1968

Der Hessische
Ministerpräsident
Zinn

Der Hessische
Minister der Finanzen
Osswald
Schluß mit dem Wühlen!

Haben Sie sich nicht schon oft mehr oder weniger laut bei sich selbst oder bei Ihren Mitarbeitern beklagt, daß Sie ein hessisches Gesetz, eine Verordnung in der falschen Fassung vorgelegt bekommen haben?

Vielleicht haben Sie ein gutes Büro, wo man alle Gesetzesänderungen in die älteren Texte, die bei Ihnen sorgfältig abgelegt sind, überträgt — vorausgesetzt, daß die Mitarbeiter nicht so überlastet sind oder Sie nicht mit neuen unzureichenden Kräften arbeiten müssen, damit das alles in Ordnung geht.

Deswegen hat die hessische Staatsregierung da Abhilfe geschaffen, indem sie durch eine berufene Persönlichkeit, die lange Zeit nur damit befaßt war, das Gesetz- und Verordnungsblatt, Teil II, hat herausbringen lassen.

In diesem großen Werk sind nicht nur alle Rechtsvorschriften, die seit Jahrhunderten in den verschiedenen Teilen, aus denen sich Hessen zusammensetzte, erlassen wurden und die noch Gültigkeit haben, zusammengefaßt worden, wobei man auf einen Bruchteil der früheren Bestimmungen gekommen ist; vor allem werden hier alle neuen Gesetze und Verordnungen sowie jede Änderung einer früheren Rechtsvorschrift so gebracht, daß der Benutzer stets das Gesetz, die Verordnung in der heute gültigen Fassung vor sich liegen und jederzeit zur Hand hat.

Jetzt braucht man Neuerungen, die manchmal nur ein Wort, oft aber ganze große Paragraphen ausmachen, nicht mehr in das alte Stück einzutragen. Der nun endgültige Text jeder Rechtsvorschrift liegt hier griffbereit in der letzten Fassung vor.

Das Ganze ist in mehreren Ordnern zusammengefaßt, so daß alles leicht aufgefunden werden kann. In der Zeit des Personalmangels war diese Regelung notwendig und ist allgemein begrüßt worden.

Sollten Sie diese Ausgabe noch nicht besitzen, die Sie natürlich laufend nachbeziehen können, so schreiben Sie an den Verlag. Er schickt Ihnen gern genaue Unterlagen.

VERLAG DR. MAX GEHLEN
6389 Bad Homburg vor der Höhe - Postfach 66